

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 18.

Freitag, 10. November.

1876.

Unsere Gegner.

VI.

Gerade als wir die Feder zu diesem Artikel ansetzten, fiel unser Blick auf nachstehendes Schriftstück, das die Unterschrift des „ehrwürdigen“ (Ausdruck des nationalliberalen Wochzettels, i. z. B. „Leipziger Tageblatt“ vom 6. ds.) Reichstagsabgeordneten v. Unruh trägt und zunächst an die „Magdeburger Zeitung“ gerichtet war:

„Jobst bei Rothenburg D.-L., 2. November 1876.

Geehrte Redaktion!

Es ist mir Bedürfnis, meinen Wählern darüber Rechenschaft zu geben, weshalb ich bis jetzt nicht in den Reichstag eingetreten bin. Ich ersuche Sie daher ergebenst, entweder durch eine Notiz oder durch Aufnahme dieses Schreibens in Ihre Blatt zur Kenntniss der Magdeburger Wählerschaft zu bringen, daß ich seit Mitte September an heftigen, langdauernden Schwindelanfällen gelitten habe, gegen welche ich seit noch nicht 3 Wochen hier Karlsbader Brunnens mit Erfolg trinke. Dieser Kur darf ich vor Ende dieser Woche noch Vorbericht meines Arztes nicht unterbrechen, hoffe aber mit Bestimmtheit, am 6. d. Ms. in den Reichstag eintreten zu können.

Mit Hochachtung

v. Unruh.

„Langdauernde Schwindelanfälle“, Herr v. Unruh? Sollte Ihr „Sozialistentod“ einem dieser „Schwindelanfälle“ seinen Ursprung verdanken? Wäre Ihr Opus gar ein „Erfolg des Karlsbader Brunnens“?

Schnell ein Riechfläschchen her! Aber immerhin hätten wir einen „mildernden Umstand“ entdeckt.

Doch halt! man soll sich nie von seinen Gefühlen fortreißen lassen — da fällt uns ein, das Wort „Schwindel“ hat ja verschiedene Bedeutungen, und demgemäß gibt es auch verschiedene Arten von „Schwindelanfällen“. Im medizinischen Sinne heißt Schwindel die plötzliche Empfindung körperlicher und geistiger Unsicherheit, des Schwankens — ein Erlahmen der Bewegungs- und Denkfähigkeit, meist in Folge von Blutandrang nach dem Hirn, der seinerseits meist entweder eine Folge allzulagerlicher oder allzureichlicher Genusses von Nahrungsmitteln (einschließlich der Getränke) ist. Im — wie sollen wir uns doch ausdrücken? — nun, im volkswirtschaftlichen, bourgeoisökonomischen Sinn heißt Schwindel —

Klapp! Klapp! der Briefträger tritt herein, und wirft ein Paket Zeitungen und Briefe auf den Redaktionstisch. Oben auf liegt zufällig die deutsche „Reichsglocke“; wir öffnen sie rasch, um zu sehen, ob ER schließlich doch noch gefoggt hat, und finden — nicht die gesuchte Verläumdungsfluge, wohl aber eine alphabetisch geordnete Gründerliste. Halb mechanisch — denn unser Artikel ruhmort uns im Kopfe herum — überfliegen wir die lange Reihe der leider nicht dunkeln Ehrenmänner, bis wir erschaut an einem Namen haften bleiben? Ist's möglich? Wir reiben uns die Augen. Kein Zweifel: da steht's schwarz auf weiß:

„v. Unruh, Magdeburg, Stadtfreis. 1. Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft zu Dessau, 2. Fabrik für Eisenbahnbearbeitung. 4. Berliner Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft Berlin. 4. Berliner Handels-Gesellschaft. 5. Halle-Sorau-Guben-Eisenbahn.“

Fünffacher Gründer, Herr v. Unruh! Natürlich „correcter“, „regulärer“, „verdienstlicher“, „regulärer“, „regulärer“, „regulärer“ Gründungen, als Sie von Ihren „langandauernden Schwindelanfällen“ sprachen. Wir wollen auch keine unehrwürdigen Wortspiele auf Ihre Kosten machen, Sie „ehrwürdiger Reichstagsabgeordneter“ und fünffacher Gründer; allein Eins ist uns doch klar geworden, was uns bisher räthselhaft war, nämlich, warum Sie in Ihrer Schrift, die den bösen Sozialdemokraten nicht eine einzige der landläufigen Anschuldigungen erspart, aber die dankbarste aller Anklagen: das „Theilen“ so leicht hinweggehen. Als fünffacher Gründer kennen Sie sich zu gut auf das „Theilen“ aus, um uns diesen einfältigen Vorwurf zu machen.

Mit den „mildernden Umständen“ aber ist's nichts, Herr v. Unruh. Zeigen Sie doch einmal das flammende Schwert, mit dem Sie, Erzengel aller Tugend und Sittlichkeit, vor dem Philister, Familien- und Gründer-Paradies Schildwache stehen — Ihr Schwert scheint uns nicht recht blank. Sind's Rostflecken? Nein! Eine Inschrift ist's, tief eingegrät. Wohl eine schmeichelhafte Widmung? Oder ein heroischer Wahlspruch? Wiederum nein! Endlich gelingt es uns, die Inschrift zu entziffern. Sie lautet einfach:

- 1) Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft zu Dessau;
- 2) Fabrik für Eisenbahnbearbeitung, Berlin;
- 3) Berliner Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft;
- 4) Berliner Handels-Gesellschaft;
- 5) Halle-Sorau-Guben-Eisenbahn.

Herr v. Unruh, fieden Sie Ihre Klempe sein; sie mag gut sein, um leichtgläubige Aktionäre ab- und einzuschlachten; gegen Sozialdemokraten ist sie nicht zu gebrauchen.

Und jetzt zu unserem eigentlichen Geschäft!
Also: „Die sozialdemokratische Ehe ist nichts anderes als Prostitution und Concubinat“; die Sozialdemokraten wollen „die Ehe in Prostitution verwandeln“. Der Sozialdemokrat

heirathet nur auf eine Nacht; er findet dann seine Frau durch einen Thaler ab, heirathet eine andere und legt dieses System der „Eheflehlungen“ fort, so lange er „einen Thaler“ sein nennen kann. Freie Liebe bedeutet Weibergemeinschaft, thierischen Geschlechtsverkehr.

Das ist in nuce (kurz zusammengefaßt) Ihre Meinung, die Quintessenz Ihrer Behauptungen.

Bräuen wir sie! Definieren wir zunächst den Begriff der Prostitution. Prostitution ist die Preisgebung für Geld oder sonstige materielle Vortheile. Wir haben eine körperliche und geistige Prostitution. Das Frauenzimmer, welches seinen Körper für Geld außerhalb oder innerhalb der Ehe preisgiebt, ist eine Prostituirte; der Mann, welcher seine Liebe innerhalb oder außerhalb der Ehe verkauft, ist ein Prostituirter. Der Schriftsteller, der Staatsbeamte, der wider besseres Wissen einem System dient, das er innerlich verurtheilt, ist ein Prostituirter; ein Prostituirter ist der Volkswirth, Politiker, Gründer, Land- und Reichstagsabgeordnete, welcher gegen seine Ueberzeugung die früher von ihm verfochtenen liberalen Grundsätze schnell in den Wind schlägt, und sich aus Ehrsucht oder Geldgier vor den Karren der Reaction spannen läßt; ein Prostituirter ist — doch Sie verzichten auf weitere Beispiele, nicht wahr, Herr v. Unruh? — Genug, um zu dem Kernpunkt zu kommen: das Wesen der Prostitution liegt in der Preisgebung, in der Hingebung um Geld oder sonstige materielle Vortheile. Das Mädchen, das sich dem reichen Vollküstling für eine hohe Mitgift verkauft, ist eine Prostituirte, und wenn zwanzigmal das Sakrament der Ehe diese Prostitution „geheiligt“ hat; die Ehe hebt in solchen Fällen die Prostitution nicht auf, sie prostituirt sich selbst, — die Ehe wird das Sakrament der Prostitution. (Sie erlauben doch diese Variation Ihres geistreichen Citats vom „Sakrament des Ehebruchs“, Herr v. Unruh?)

Das einfache Mädchen aus dem Volke dagegen, das sich dem Geliebten hingiebt, ohne den Segen des Pfaßes oder die Vollmacht des Standesamts eingeholt zu haben, mit dem Geliebten zusammenlebt, Freude und Leid mit ihm theilt, dieses Mädchen ist keine Prostituirte, und nur ein fanatischer Mader à la Fourneir kann sie als solche betrachten und behandeln. Das bestreiten Sie doch nicht, Herr v. Unruh! Sie können es nicht — Sie würden dem gesunden Menschenverstand und der gesunden Volksmoral in das Gesicht schlagen.

Wir sind einig: Prostitution ist Preisgebung für Geld oder sonstige materielle Vortheile.

Wohlan — wir schämen uns fast, es Ihnen sagen zu müssen, weil die Sache zu augenfällig auf der flachen Hand liegt — eine solche Preisgebung ist in der sozialistischen Gesellschaft nicht möglich. Sie ist möglich in der heutigen Gesellschaft; sie ist nicht bloß möglich, sie ist nothwendig in der heutigen Gesellschaft, organisch mit ihr verwachsen. Und zwar die Prostitution in jeder Gestalt. Einzelheiten werden Sie uns im Interesse der Leser verlassen, Herr von Unruh. Wir wollen Sie bloß an das Wort des jüngeren Dumas (der so wenig Sozialist ist wie Sie, aber ein vollendeter Kenner der Gesellschaft) erinnern: Wohin gerathen wir? In die allgemeine Prostitution! (Ou allons nous? A la prostitution universelle!) Ja, wir“, d. h. Sie, Herr von Unruh und Genossen, Ihre Gesellschaft, Herr von Unruh, stürmt der allgemeinen Prostitution zu: Ihre Gesellschaft, die Bourgeoisgesellschaft, ist die allgemeine Prostitution — die körperliche und die geistige Prostitution.

Warum? Weil die Bourgeoisgesellschaft zwei Klassen umfaßt: eine Klasse der Herrscher und der Beherrschten, der Ausbeuter und der Ausgebeuteten. Der Klassen Gegensatz, die Klassenherrschaft, die Ungleichheit der Menschen, ist die Quelle der Prostitution. Aristoteles sagte: die Ungleichheit ist die Ursache aller Revolutionen; er hätte hinzusetzen können: und aller gesellschaftlichen Uebel, obenan der Prostitution.

Sie schütteln den Kopf, Herr von Unruh? Erhandigen Sie sich einmal in dem Vordell, das Sie uns vorhin so lebendig geschildert haben, nach der Lebensgeschichte der dort eingetretener Frauenzimmer, — wie Sie Unglücklichen zu Fall gekommen sind. Die einförmige, nur in Nebensächlichem verschiedene Antwort wird sein: Armuth und Elend. Die Armuth mißbraucht durch den Reichthum!

Kein Zweifel, nicht jedes gefallene Mädchen wurde durch einen Reichen verführt. Aber durch das Verhältniß zu einem Armen kann sie nicht zu einer Prostituirten werden, weil das, den Begriff der Prostitution bildende Moment des Gelderwerbs oder der Gewinnung sonstiger materieller Vortheile fehlt. In der sozialistischen Gesellschaft fällt aber dieses Moment überhaupt ganz weg, und wird der Prostitution ja der Boden entzogen. Mit der ökonomischen Ausbeutung verschwindet die Prostitution, deren ekelhaftes Produkt. Sie schütteln fortwährend den Kopf, Herr von Unruh. Sie haben sich freilich in Ihre Vordelle so verannt, daß es Ihnen sehr schwer werden muß, die Vordellvorstellungen aus dem Schädel zu fegen, den bösen Thaler-Tarif zu vergessen, und sich zu neuen, stillosen Anschauungen zu erheben.

Sie kennen doch die Anekdote von dem preussischen General, der überall, wo er hinkam, von schlechten Gerüchen belästigt ward und Unrath witterte — und schließlich stellte sich heraus, daß er den Unrath unter der eigenen Nase, am Schnurrbart hatte.

Betrachten Sie Ihren Schnurrbart, Herr von Unruh, und sparen Sie die Seife nicht! Sobald Sie den Vordellgeruch los sind, werden Sie aufhören, überall Vordelle zu riechen.

(Schluß des Art. VI. folgt.)

Die „angeborene Kriegslust“ der preussisch-deutschen Jugend.

Wer hin und wieder Gelegenheit findet, besonders mit den „besseren“ Ständen angehörenden jungen Leuten zu verkehren, welche sich dem wehr- und wehrfähigen Alter nähern, der muß von hohem Erstaunen und tiefer Entrüstung ergriffen werden, wenn er hört, mit welcher Naivetät, oder besser gesagt mit welcher erschreckenden Frivolität, sich jene über einen etwa bevorstehenden Krieg zu äußern pflegen. Die Freude, welche in ihnen durch die Hoffnung erregt wird, es könne möglicherweise „bald wieder losgehen“, ein Befehl zur Mobilmachung habe in Aussicht, und diesmal würden sie hoffentlich auch dabei sein, ihre Freude über diese „schönen“ Aussichten, sagen wir, kennt keine Grenzen. Dies zeigt sich jetzt wieder recht deutlich, jetzt, wo sich die Wolken am östlichen Himmel gewitterschwanger zusammenziehen. „Gegen wen es geht.“ ist jenem, dem „vornehmen“ Theile unserer Jugend gleichgültig, am liebsten natürlich gegen sie gehen diese „Hunde von Franzosen“, im Uebrigen aber ist ihre Parole: „Wenn es nur zum Dreinhauen kommt.“ Das ist die so viel gerühmte Reigung der Deutschen zu friedfertigen Bestrebungen, zur Humanität! So kennzeichnet sich diese vortreffliche Eigenschaft, die wir vor anderen Nationen voraus haben sollen!

Solche bezeichnenden Zustände, solche Schattenseiten im Weisheitsleben eines Theiles unserer jungen Nachwuchses sind selbstverständlich auf gewichtige Ursachen zurückzuführen. Und wie so oft, sind es auch hierbei wiederum jene beiden Hauptfaktoren im Staatsleben: die öffentliche Erziehung, wie sie in unseren Schulen jeden Genres gehandhabt wird, und die „reichsfreundliche“ Presse, gleichfalls jeden Kalibers, jeder Parteisärbung, denen wir die volle Verantwortung für die gerügte Thatfache anlasten müssen; jene beiden wichtigen Faktoren, denen der Sozialismus so überaus viele und nur allzugerechtfertigte Vorwürfe zu machen hat.

Zu erster Linie also die öffentliche „Erziehung“ in den heutigen Schulen. Wie sehr man sich bemüht, die schulbesuchende Jugend zum patriotischen Denken, Fühlen und Handeln, d. h. zum Stolz auf unser tapferes Heer und seine Thaten, zum Hurrabschreien, zum Heilbrunnensingen, Singen heranzubilden oder vielmehr abzurichten, darauf haben wir schon oft hingewiesen, und die Früchte dieses Abrichtens kann man tagtäglich mit eignen Augen bis zum Ekel wahrnehmen. Bieten doch die „Nationalfeste“, besonders das vom 2. September oder sonst noch andere Tage, an denen deutsche Städte im ehrden Flaggenschmuck zu prangen pflegen, die allerhöchste Gelegenheit, sich im Feingut unter der Rubrik „Patriotismus“ eine glanzvolle Nr. 1 zu holen. Consequent wäre es wenigstens, wenn man eine solche Rubrik in den Quartals-Zeugnissen einzuführen sich entschloße; und wenn sich etwa hier und da einige Widerpenfliche finden, so sind ja die antipatriotischen Eltern auch immer noch da, um wegen Schulversummisse ihrer Kinder bei Gelegenheit von vaterländischen Schulfeierlichkeiten in Strafe genommen zu werden, was sich vor Kurzem — wir wollten unseren Ehren kaum trauen — in einem ultramontanen Wahlkreise thatsächlich ereignet hat.

All dieses Gebahren unserer heutigen Erzieher würde aber vielleicht nicht den beabsichtigten Zweck erfüllen, wenn nicht eines noch, und zwar das Entschendende hinzukäme. Wir meinen die Art und Weise, in der man der Jugend von Klein auf Geschichtskennntnisse beizubringen sucht. Ganz abgesehen von der allgemeinen Auffassung der Geschichte resp. der geschichtlichen Entwicklung der verschiedenen Nationen — die wir als eine grundfolche und nur dem Klasseninteresse unserer Bourgeoisie ganz und voll entsprechende schon oft bezeichnet haben — werden nicht stets die ruhmvolsten Kriegsthaten der deutschen und ganz besonders der preussisch-brandenburgischen Armeen (diese bildeten ja zu allen Zeiten die Elite) bei jedem Geschichtsunterricht mit auffallender Absichtlichkeit hervorgehoben? Wird nicht immer und ewig von der herrlichen Tapferkeit brandenburgischer Regimenter unter Prinz Eugen in Italien und gegen die Türken, von dem weltberühmten Muth der deutschen Landsknechte, jener Erz-Kaufbolde, von den Heldenthaten der Garden des alten Freigen, von den Grothaten 1864, 1866 und 1870, mit einem Wort von dem „Rubinesglanze, in dem die deutschen Waffen strahlen“, wird von alledem nicht mit freudigem Stolz und patriotischer Begeisterung gesprochen und immer wieder gesprochen? Ob die betreffenden Kriegsunternehmungen gerecht oder vom Saum gebrochen waren, das gilt den „Volkserzieheren“ gleich; ob man in Wahrheit für das Heil der Nation kämpfte oder hauptsächlich für monarchische Zwecke, das kommt gar nicht in Frage, wenn die deutschen Armeen nur tüchtig dreingeschlagen, wenn sie dem Feinde nur möglichst hohe Verluste an Menschenleben beizubringen verstanden haben. Und wenn dann noch zum Ueberflus, mit Bezugnahme auf die bestehende allgemeine Wehrpflicht, ganz direkt zur weitfernden Nachahmung aufgefordert wird, darf man sich dann noch darüber wundern, daß unsere Knaben ein ganz besonderes Vergnügen darin suchen, auf den Straßen und bei Paradeaufzügen „die Brust heraus“ neben dem Militär einherzugehen, daß die jungen Leute kaum erwarten können, daß sie „auch dabei“ sein werden? Muß nicht bei so bewanderten Umständen jene freudige Kampfs- und Kriegslust, jene — nennen wir das Kind beim rechten, wenn auch etwas schroffen Namen — rauschfertige Begierde in den jugendlichen Seelen entflammt werden, die ihnen in den Augen aller Vernünftigen stets zur Schande gereichen? „nun“ kann es anders sein? Wir richten diese Frage an jeden ist, daen, wahrheitsliebenden, denkenden Menschen.

Unruhungssozialist in kurzes Wort über die „reichstreue“ Presse. Bildungsverein, Sulzbach her etwa nicht hatten geliebten.

*) „Das Gründen ist an sich nichts Unrechtes, sogar etwas Verdienstliches“, sagt Herr Professor Wiedermann („Deutsche Allgemeine Zeitung“ v. 26. Oktober); und er hat unrecht, wenn bei den

vollendet wurde, sie bildet es aus! Das erste beste reichsfreundliche Blatt, welches der junge Mann in die Hände bekommt, es predigt ihm Franzosen- und jetzt wohl auch Türkenhaß. Die Spalten sind angefüllt mit Mandover-Berichten, mit detaillierten Erzählungen von einem etwaigen Kriegszustande und mit anderweitigen militärischen Dingen. In sehr geschickter und verfeinerter Weise versteht man es dort, das kriegerische Blut in den Adern unaussprechlich in Circulation zu erhalten, jene Jugend in einem beständigen Hoffen und Warten auf einen demnächstigen Krieg zu belassen, um dann gegebenen Falls das abseits glimmend erhaltene Feuer von Neuem zu schüren und zu lichterloh heraufzublauen, die dann großsprecherisch als „begeisterte Vaterlandsleute“ in alle Welt hinausposaunt wird. Und immer noch muß hierzu das alte Reizobjekt, der „Tod- und Nationalfeind der Deutschen jenseits der Bogen“, als Lockvogel herhalten. An allen Ecken und Enden sucht man dem Erbfeinde etwas hinterlistig am Auge zu fassen, damit nur ja die Bewehrung und der Haß gegen ihn recht hübsch kräftig bleibe. Natürlich blickt nun der so belehrte junge Hitzkopf mit neidischer Berebrung auf die von den Helden der Jahre 1870 und 71 errungenen Vorbeeren und brennt vor Begier, es ihnen nachzumachen, wenn nicht gar sie zu übertreffen.

So macht man im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte „angeborene Kriegslust“; so hält man unsere Jugend von wahrhaft guten, friedfertigen Bestrebungen, die allein zum Heile der Völker führen können, ab. Und nicht eher wird es anders werden, als bis die Väter dieser Jugend aus den Bergen ihrer Söhne das Unkraut des so gearteten „Patriotismus“ auszujäten und dann vor allen Dingen in Deutschland selbst andere Zustände zu schaffen sich bemühen werden. Dies durch Anleitung und stetes Anfeuern zu bewerkstelligen, soll unsere Aufgabe, die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, und wer denkt wie wir, der folge muthig ihrem Banner, es muß, es wird ihn einst zum Ziele führen!

Sozialpolitische Uebersicht.

Dem Bundesrath sind jezt vom Reichsanzleramte die Ergebnisse der über die Verhältnisse der Lehrlinge, Gehilfen und Fabrikarbeiter angestellten Erhebungen vorgelegt worden. Der Vorbericht, welche das umfangreiche Schriftstück einleitet, entnehmen wir einige Ausführungen: Die Erhebungen sollten den Zweck verfolgen, für eine Prüfung der in den letzten Jahren immer lebhafter gewordenen Klagen über den Zustand des Lehrlings- und Gesellenwesens im Handwerk und über die Beziehungen des Arbeiters und „Arbeitgebers“ in der Großindustrie zuverlässige (!) Unterlagen zu gewinnen. Die Erhebungen haben sich mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen auf das ganze Bundesgebiet erstreckt. Für die verschiedenen Bezirke wurden Beamte berufen, welche die ihnen bezeichneten, mit Rücksicht auf die Kenntniss des Gewerbebereichs ausgewählten Männer zu vernehmen hatten. Die Sachverständigen waren meist aus dem Stande der „Arbeitgeber“ oder der Arbeiter ausgewählt. Neben ihnen wurden aber auch andere, mit dem gewöhnlichen Leben vertraute Personen vernommen. Es haben an 659 Orten Vernehmungen stattgefunden. Ueber die das Lehrlingswesen betreffenden Fragen sind mehr als 4000 Arbeitgeber und circa 2000 Arbeitnehmer zum Wort gekommen. Eine ähnliche Anzahl von Vertretern beider Theile ward über die Verhältnisse des Gesellenwesens gehört. In den über die Verhältnisse der Fabrikarbeit festgestellten Fragen liegen mehr als 2000 Erklärungen vor. Wo es für die Würdigung der abgegebenen Meinungsäußerungen von Bedeutung schien, ist in der Zusammenstellung bemerkt, welche Stellung die Urtheilenden einnehmen. Ueber das Lehrlingswesen heißt es: „Nach dem Ausfall der Erhebungen darf im Allgemeinen gesagt werden, daß die neuere gewerbliche Entwicklung die alte Bedeutung des Lehrlingsverhältnisses im Wesentlichen unberührt gelassen hat, so weit das eigentliche Handwerk in Betracht kommt. Hier besteht noch überall eine feste Grenze zwischen Lehrling und Gesellen. Anders ist es dagegen dort, wo das Handwerk seine alte Natur eingebüßt hat, indem die Arbeiter ausnahmslos im Tagelohn stehen, wie namentlich in den Dampferbau- und dgl.“ Im Uebrigen wird fast allgemein zu einer besonderen gezielten Vorfrage für die jüngeren Altersklassen der Lehrlinge ein Bedürfnis empfunden. Bezüglich des Gesellenwesens scheint die Frage des Contraktbruchs von besonderer Bedeutung. Es hat sich da die Meinung geltend gemacht, daß die Gesetzgebung jeden Einschreitenden sich zu enthalten habe, weil dasselbe unethisch, weil es erfolglos oder unmöglich sei. So ist die Stimmung vor allem vielfach in den Kreisen der Arbeiter. Ueber denselben Punkt heißt es hinsichtlich der Fabrikverhältnisse, daß

gegen den Contraktbruch der Arbeiter etwas gesehen müsse, da dies ein unter den Arbeitgebern sehr weit verbreitetes Gefühl ist. Vor Allen wird zu dem Behufe die Einführung von Entlassungsscheinen oder Arbeitsbüchern befehworfen. Auch unter den Arbeitnehmern hat dieser Vorschlag viel Anklang gefunden. Für die Beurtheilung des Ergebnisses der Erhebungen ist es von Wichtigkeit, daß in den Meinungsäußerungen häufig große Unklarheit sich kundgegeben hat.

Aus vorstehenden Ausführungen geht zunächst klar hervor, daß die ausgewählten „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“, welche von einem Beamten vernommen worden sind, im großen Ganzen unklare Meinungsäußerungen von sich gegeben haben. Man hat also diejenigen ausgewählt, welche nicht fähig waren, die ihnen vorgelegten Fragen zu beantworten. Hätte man das Volk in Volksversammlungen die Arbeiter und „Arbeitgeber“ auswählen lassen, so wäre die geeignete Klarheit geschaffen worden, und die Erhebungen wären nicht für die Rage gewesen. Wenn man ferner 4000 Arbeitgeber nur 2000 Arbeiter entgegenstellt — wo bleibt da die Gerechtigkeit, da Letztere doch die Erörterer an Zahl so unendlich übertreffen? — Die Stellung (vielleicht in politischer Beziehung?) der einzelnen Sachverständigen soll bei dem Resultat der Erhebungen gleichfalls in Betracht kommen — das ist jedenfalls nicht im Interesse einer vorurtheilfreien Beurtheilung. Höchst komisch berührt uns der weisheitsvolle Ausruf, daß überall da, wo das Gesellungsverhältnis des Handwerks das alte geblieben, auch das Verhältnis des Lehrlings dasselbe geblieben sei; daß aber da, wo das Handwerk in den Großbetrieb übergegangen, das Lehrlingsverhältnis auch ein anderes geworden sei. Welche horrende Weisheit, die sich da im Reichsanzleramte entwickelt hat! Daß die Arbeiter keine kriminelle Beirathung des Contraktbruchs wolle, ist mahnend schon längst bekannt, daß die „Arbeitgeber“ dieselben wünschen, weiß man auch — also durchaus nichts Neues. Nur einzig und allein darin liegt etwas Neues, daß die Arbeiter vielfach sich nach Entlassungsscheinen und Arbeitsbüchern zurückziehen. Wenn dies wirklich die Erhebungen uns zeigen, so zeigen sie auch, daß man gerade die dümmsten von den Arbeitern, die keine Ahnung von ihrem eigenen Interesse haben, auswählt hat. Alle solche Erhebungen, welche einseitig von der Regierung ausgehen, werden niemals Klarheit bringen, da die Stimme des Volkes in Wahrheit nicht gehört wird.

Im deutschen Reichstag versuchten zwei Centrumsleute, Windthorst und Jörg eine Debatte über die orientalische Frage zu veranlassen, sie scheiterten aber an dem fanatischen Stotzenthum der „liberalen“ Reichstagsmajorität. Bismard wird ja Alles besorgen.

Was wir in letzter Nummer über das russische Ultimatum gesagt, hat seitdem seine vollste Bestätigung gefunden: es war ein jämmerlicher Theatereffect, zur Verbedung der jämmerlichen Hiebe, die nicht Serbien, sondern Rußland an der Morawa erhalten. An der Durchführung des Waffenstillstandes ist nicht mehr zu zweifeln: die Linien, welche die beiderseitigen Heere einzunehmen haben, werden bereits von den militärischen Delegirten der Großmächte abgesteckt (preussisch Deutschland hat auf die Sendung eines eigenen Delegirten verzichtet, — es wird ja durch den russischen genügend vertreten); der Waffenstillstand wird wahrlich auch verlängert werden, bis — die Wäuterung günstig wird. In der Zwischenzeit wird in allen Cultur- und Nicht-Culturstaaten auf Nord und Brand gerüstet, damit die „allgemeine Panzeri“ im nächsten Frühjahr ganz commentmäßig und recht gründlich losgehen kann.

Eine Ehre, für welche wir uns bedanken. Verschiedene Berliner Zeitungen bringen aus Paris eine gleichlautende Correspondenz über die Eröffnung der Pariser Deputiertenkammer, welche an demselben Tage stattfand, an dem auch der deutsche Reichstag eröffnet wurde, und in welcher folgender bezeichnender Passus vorkommt:

„Allgemein wurde das für die Eigenliebe der Franzosen sehr betrübende Faktum constatirt, daß während sonst am Tage der Eröffnung der französischen Kammern ganz Europa auf die von dort kommenden Nachrichten lauschte, man jezt überall, und selbst in Versailles, nur noch auf Berlin sehe.“

Es ist ja allgemein bekannt, daß Kaiser Bismard ein Schüler Louis Napoleons ist. Als dieser prächtige Mann noch an den Ufern der Seine herrschte, da lauschte ganz Europa auf sein Wort, weil dasselbe über Krieg oder Frieden gebot, aber auch ganz Europa flucht dem bleichen Herrscher, und sein jäher Sturz wird von vielen Menschen als der Lohn für seine Handlungen bezeichnet. Damals war Paris die Brutstätte aller europäischen

Verwicklungen; Casarismus und Militarismus vereint schlugen dem Volke die schwersten Wunden. Daß nun die liberalen Zeitungen das jeztige Berlin mit dem früheren Paris vergleichen, daß sie die deutsche Thronrede mit den früheren napoleonischen vergleichen, wir können es denselben nicht wehren; ob Kaiser Bismard Vergnügens an solchen Vergleichen hat — wir wissen es nicht, daß aber Hochmuth zu Falle kommt und die Herrschaft immer ein Helena oder eine Wilhelmshöhe findet, das möchte doch wohl zutreffen. Wir entscheiden uns übrigens bei ähnlichen Fällen für ein Helena und nicht für eine glänzende Wilhelmshöhe.

Briefstieberei und andere Postalia. Zur Verteidigung des berüchtigten Post-Circulars betr. die Ledochowski'sche Briefadresse wird, anscheinend amtlich, geschrieben: „Es beruht auf einem Irrthum, wenn eine große Anzahl Blätter, darunter sogar das für deutsche Postbeamte geschaffene Organ, die „Deutsche Post“, den Postbehörden das Recht bestreitet, Briefe, deren Handschrift derjenigen des Cardinals Ledochowski ähnlich ist, der Staatsanwaltschaft herauszugeben. In den amtlichen Ausführungsbestimmungen zum Postgesetz vom 28. Oktober 1871 heißt es nämlich zum § 5 dieses Gesetzes, welcher die Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses ausdrückt, wörtlich: „Die in den älteren preussischen Landesstellen gültigen Bestimmungen über die Beschlagnahme von Postsendungen sind in der Anlage I abgedruckt.“ Diese Anlage besagt nun unter anderem Folgendes: „Die Gerichte und Staatsanwälte, beziehungsweise deren Stellvertreter sind in strafgerichtlichen Untersuchungen zur Beschlagnahme von Postsendungen aller Art berechtigt, und es ist ihnen Requisitionen, dieselben mögen auf Zurückhaltung oder Auslieferung der Sendungen oder auf Auskunftsertheilung über die Correspondenz einer Person gerichtet sein, stattzugeben.“ Hieraus geht klar und deutlich hervor, daß die Oberpostdirektion in Bromberg nur ihre Pflicht gethan hat, wenn sie der Requisition der Staatsanwaltschaft Folge gab.“

Das ist entschieden unrichtig. Die betreffende „Anlage“ — so dehnbar auch namentlich der Ausdruck: „Auskunftsertheilung über die Correspondenz einer Person“ sein mag — rechtfertigt es nicht, daß seitens der Postbehörden ein förmliches Spionagesystem angeordnet wurde, dem jede, eine ähnliche Hand wie Ledochowski schreibende Person zum Opfer fallen muß. Wenn das nicht Spionage der verwerflichsten Art ist, so hat es überhaupt niemals Spionage gegeben.

Der nominelle Autor des Briefstieberei-Circulars, der Bromberger Herr Oberpostdirektor von Jahn (Propos, die Adresse lautete: An die kaiserliche Postanstalt der äußeren Adresse; letztere drei Worte fehlen in unserem Abdruck, Nr. 12 des „Vorwärts“), ist ein sehr devoter Anhänger des Herrn Generalpostmeisters Stephan. Das hat er soeben wieder mit mehr Eifer als Glüd bezeugt. Wie unseren Lesern bekannt, ist Herr Stephan sehr sparsam — in Bezug auf die Gehälter „seiner“ Beamten, und hat z. B. neuerdings den diätarisch (d. h. tagweise, so daß sie jeden Tag ohne Kündigung entlassen werden können) angestellten Postbeamten von dem knappen Tagelohn von 2 Mark 50 Pf. noch 50 Pfennige abgenommen. Natürlich herrscht unter den Beamten, welche die Opfer dieser Sparpolitik sind, keine sehr zufriedene Stimmung. Das ist aber gewissen Leuten nicht recht: was Stephan thut, ist wohlgethan, und mit Allem, was wohlgethan ist, muß man zufrieden sein, ergo müssen die Beamten, denen ihr Lohn abgenommen worden ist, vergnügte Gesichter machen. Vor Allen meint dies Herr von Jahn, der nominelle Autor des Briefstieberei-Circulars; und Herr von Jahn ist nicht der Mann, seine loyalen Gefühle unter den Scheffel zu stellen. Er entwarf eine Ergebenheitsadresse an Herrn Stephan, die von allen Postbeamten freiwillig unterzeichnet werden und jenen versichern sollte, daß sie über die niederen Löhne und hohen Lohnabzüge entzückt seien. Leider hatten die Beamten kein Verständnis für die Loyalitäts-Ergüsse und das Entzücken (sehr gut bezahlten) Herrn Oberpostdirektors von Bromberg — die Adresse fand keine Unterschriften, wohl aber eine so ungemüthliche Aufnahme, daß sie vor einigen Tagen plötzlich auf Befehl von oben zurückgezogen wurde.

Franz Dunder, der bekannte Freund der Buchdrucker-Gehilfen, weiß sein Verleger-Interesse immer recht sündlich wahrzunehmen. Die Berliner Weißbierpöhlerei, welche die „Volkszeitung“ lesen, freuen sich immer, wenn es die Sozialdemokratie und natürlich auch auf Lassalle geschimpft wird, deshalb kommandirt er auch den alten, fast abgetriebenen Leitartikel- und Lohnschreiber Bernstein, sein ganzes „Talent“ anzubieten, um den gerechten Wünschen der Volkszeitungsleser nachzukommen. Franz Dunder hat aber auch den „Sindingen“

Die Beerdigung der Schwester Delescluze's.

Paris, 2. November. Fräulein Azemia Delescluze, die hochherzige Schwester des ehemaligen Chefredakteurs des „Reveil“, des Delegirten für das Kriegswesen, des Gato der Pariser Commune, ist tot und gestern Nachmittag um 3 Uhr auf dem Gemeindefriedhof vor dem Thor Saint-Omer zur letzten Ruhe bestatet worden.

Azemia Delescluze war die treue Genossin des Mannes, den der Gesellschaftstheoretiker Thiers in einem seiner phrasenhaften Aufsätze aus dem Jahre 1871 „den allzu schuldigen Delescluze“ nennt. Ein Thiers hat die Freiheit, diese Heldengestalt beurtheilen zu wollen, der selbst ein Gambetta durch die Theilnahme an der Beerdigung, die gestern stattfand, eine gezwungene Huldigung darbringen mußte, derselbe Gambetta, welcher wenige Tage vorher die Namen der Communalhelden dadurch beschimpft, daß er den Communeausstand eine „verbrecherische Empörung“ nannte und es als sehr bequem bezeichnete, sich in die Toga der alten Römer zu hüllen und wie Gato von Utica zu sterben. So wenig „zeitgemäß“ ist freilich das Verhalten des Politikers der Erfolge nicht. Herr Gambetta leistet dem Empire den Treueid und macht in „Politik“; Charles Delescluze schwört den Untergang der Commune nicht zu überleben und stirbt, ein Gato, auf der Barrikade. „Die neue Welt“ hat Delescluze's Charakter in einer ihrer früheren Nummern (Nr. 13 d. Red.) geschildert; die jezt Hingeshiedene war des großen Freiheitskämpfers würdig, und ihr Veihenbegangniß wurde eine Huldigung für sie und des unvergessenen Delescluze.

Als die „Droits de l'Homme“ gestern auf die bevorstehende Veichenfeier hinwiesen, glaubten sie es mit folgenden Worten thun zu müssen: Die Veichenfeier der Schwester Delescluze's wird nicht ein so großes Gefolge haben, als wenn sie vor sieben Jahren stattgefunden hätte. Von denen, die sie damals zur letzten Ruhestätte geleitet hätten, sind viele gestorben, andere sind „in der Panzeri“ geworden und werden fürchten, sich durch die Wäg auch in bloßen stellen, andere noch fe abweichend von Pompejanen fürnden, von ihrem Weiber unabhängige sind — Recht! aber ob die

Voban, auf der alten Todtenstätte Père Lachaise, in der Ebene von Sartory, lebendig begraben an den oden Gestaden des stillen Oceans, geht wie wilde Thiere durch die „Culturstaaten“ Europas, und doch — der Genius des edlen Greises, des heroischen Kämpfers für Freiheit und Gerechtigkeit erzwingt sich Huldigung. — Um 2½ Uhr stand gestern eine dicke, ernstschweigende Menge vor dem Todtenhause am Boulevard Rodochowart, ebrliche, offene Kabiale, kluge Compromiß-Politiker, Parlamentarier und Männer der Presse, aber an den Straßeneingängen sammelte sich das Volk, das „Volk von Paris“, die Mütter, Schwestern, Brüder und Kinder der Communkämpfer, die in denselben Straßen gegen die Feinde des Volkes, die Pariser Henslerknechte ihr Leben ausgehaucht haben. Um drei Uhr setzte sich der Zug nach dem Kirchhofe Saint-Omer in Bewegung; mehr als 10,000 Menschen nahmen Theil am Gefolge oder als stille Zuschauer. Die Haupter entschlössen sich, wie der Zug vorüber geht; alles ist ernst, schweigend, nicht ein Schrei unterbricht diese imposante Kundgebung. Der Zug geht durch die Chaussee Clignancourt, über das Boulevard Ordano und verläßt das engere Weichbild von Paris durch das Thor Saint-Omer. An der Pforte des Kirchhofs bleibt — Gambetta zurück und enternt sich mit langsamen Schritten. Häufte der ehemalige Schüpling Delescluze's, daß er nicht mehr der Gambetta von 68 und 69 sei, daß er nichts in dieser Gesellschaft zu schaffen habe, und dachte er an seine Rede von Belleville, in welcher er das Recht der Revolution abgeschworen, dachte er an Gato — Delescluze? Am Grabe hielt Ch. Lantenin, ein alter Freund von Delescluze, eine kurze ergreifende Ansprache:

Diese, sagte er, die wir jezt zu ihrer letzten Behausung geleitet haben, war arm. Sie lebte einjam, aber getröstet durch treue Freunde, welche ihren Muth aufrecht hielten, und die das Unglück nicht zerstreut hatte. Diese Frau war ein Muster der Hingebung und des Opfereuthes. Wenn sie vor ihrem Tode nicht verboten hätte, ihr am Grabe eine Lobrede zu halten, so würde ich die Geschichte ihres Leben erzählen. Hört also nur ihren letzten Willen. Da ich meinen Tod haben fühle, erkläre ich, daß ich auf dem Gemeindefriedhofe beerdigt sein will. Meine

wirkung irgend eines Kirchendienstes stattfinden. Paris, den 29. Oktober 1876. Azemia Delescluze.

Jezt bleibt mir nur noch übrig, den Brief zu lesen, den ihr Bruder in seinen letzten Lebensstunden an sie richtete:

„Meine gute Schwester. Ich will und kann nicht der siegenden Reaktion als Opfer und Spielzeug dienen.“

„Bezeuge mir, daß ich vor Dir, die Du mir Dein Leben geopfert hast, aus dem Leben scheide.“

„Aber ich fühle in mir nicht den Muth, eine neue Niederlage nach so viel andern auszuhalten.“

„Ich umarme Dich tausendmal, wie ich Dich liebe. Der Gedanke an Dich wird der letzte sein, bevor ich zur Ruhe gebe.“

„Ich segne Dich, meine vielgeliebte Schwester, Du allein warst meine Familie seit dem Tode unserer armen Mutter.“

„Lebe wohl, lebe wohl, noch einmal umarme ich Dich.“

„Dein Bruder, der Dich bis zum letzten Augenblick liebte.“

Ch. Delescluze.“

Die Verlesung des Briefes wurde durch die Ruße: Es lebe die Republik! Es lebe die Amnestie! beantwortet.

Diejeneige, fährt der Redner fort, die in solcher Stunde solche Huldigung verdient, ist unser Aller Achtung würdig. Seit jenem schrecklichen Tage hat sie allein, ohne Familie gelebt. Dieser Brief war ihr letzter Trost. Lebe wohl, wackere Frau, Niemand hat mehr Recht als Du zur ewigen Ruhe, denn Niemand ist mit mehr Nummer und Würde den Pfad des Lebens gewandelt (Ruße: Es lebe die Republik! Es lebe die Amnestie!)

Delescluze selbst hat kein Grab. Der Ort, wo seine durch die Wirtschau verstreuten Reste ruhen, wird für immer für seine Schüler und Freunde unbekannt bleiben.

Das Volk von Paris wollte, indem es die Schwester von Charles Delescluze's, die edle Frau, die er so sehr geliebt und die so lange seine ganze Familie war, zu ihrer letzten Ruhestätte geleitet, dem Andenken des großen Revolutionärs eine letzte Huldigung darbringen. Das Volk von Paris hat hierdurch seine Achtung vor diesen so seltenen Männern bezeugen wollen, die, nachdem sie ein ganzes Menschenleben den guten Kampf für

von Lassalle verlegt und giebt sogar eine neue Auflage desselben heraus. Seines Verleger-Interesses halber kommandirt er nun seine Lohnschreiber, folgendes Loblied auf Lassalle zu singen: „Nicht sowohl als Dichter, denn als Culturhistoriker und Agitator hat Lassalle im Jahre 1859 diese Tragödie geschrieben: er wollte die großen Culturgedanken solcher Wendepochen, wie die Reformation eine war, und ihren ringenden Kampf zu dem eigentlichen zu dramatisierenden Gegenstände machen, zumal wenn die Beziehungen von hier aus zur Gegenwart ihm sich wie von selbst zu bieten schienen. Es war eigentlich seine erste Agitationschrift, mit der er sich an die Menge des lesenden Publikums wandte, nachdem er kurz zuvor durch die Philosophie seines Herakleitos des Dunklen von Epheos die Aufmerksamkeit der gelehrten Kreise auf sich gelenkt.“ — Man sieht hier deutlich, wie in unserer Bourgeoisgesellschaft nicht allein bei Prinzipienfragen, sondern auch bei Personenfragen lediglich das goldene Kalb herrscht. Aron Bernstein läßt seine Leser vergnüglich um dasselbe wieder einmal tanzen.

— Ueber die Niederlage von Philadelphia sucht sich das Reichsgeschwörter bekanntlich durch den angeblichen Triumph der deutschen Gewerbe auf der Kunstgewerbeausstellung im Münchener Glaspalast zu trösten. Schade nur, daß der Trost faul ist, sehr faul — man lese folgenden Passus der „Reichsfreundlichen Betrachtungen“, welche die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ über die Ausstellung zu München veröffentlicht: „Man täusche sich doch nicht, das Gewerbe hat mit dem erzielten Erfolg herzlich wenig zu thun. Wenn man die Ausstellung sorgfältig durchmusterte, wenn man die Gegenstände nicht bloß anschaut, sondern effektiv prüfte — was freilich mit ziemlicher Weisheit verhütet wurde, weil man bei 15 Mark Strafe nichts anrühren durfte — so zeigte sich im Münchener Glaspalast ganz dieselbe Erscheinung, wie sie Keuleaux in Philadelphia fand. Es mag unangenehm sein, zu hören — und man wird es mir vielleicht sehr übel nehmen, daß ich es sage, aber es ist eben einfach die Wahrheit — auch im Münchener Glaspalast ist nur dasjenige, was in die Späre der „Kunst“ reicht, schön und lobenswerth gewesen, nur die Leistungen dieser Art waren es, welchen der große Erfolg zu danken ist — das vorreffliche Arrangement gehört ja auch schon zu den „Kunstleistungen“ — aber sobald das eigentliche Gewerbe in Frage kam, und bei allem, was in diese Kategorie gehörte, da zeigte sich vollständig dieselbe Misere, unter welcher jeder von uns im alltäglichen Leben seufzt, und welcher Keuleaux nur beredete Worte geliehen hat. Es war dies mir nicht unerwartet, ich habe seiner Zeit im Jahre 1854 in der damaligen Ausstellung ein Paar Stiefel gesehen, auf deren Sohlen mit künstlerischer Bollendung die Landschaft Tegernsee durch farbigte Holzstifte aufgetragen war — aber um ein Schuhwerk zu bekommen, das wasserdicht ist oder einen eleganten Fuß macht, muß man nach England, Paris oder Wien gehen. Man fand auf der Ausstellung dahier imitierte gothische Schlösser, Renaissance-Thorbänder und Aehnliches, die einem Künstler das Herz lachen machten, aber in unseren Häusern geht kein Schloß und schließt kein Fenster. Wir haben Buchbinder, deren Leder-einbände mit denen des Mittelalters recht wohl rivalisiren können, aber keiner bindet unsere Bücher so, daß sie beim Aufschlagen liegen bleiben.“

Es kam also zu dem Verdikt: billig und schlecht, noch auf der Münchener Kunstgewerbeausstellung das andere, wenig schmeichelhaftere dazu: kunstvoll, aber unbrauchbar! Unsere Philister mögen sich's gefälligst hinter die länglichen Ohren schreiben!

— Hineingefallene Reichsfreunde. Die Redaktion der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ wird wahrscheinlich einmal die Segnungen der deutschen Pressfreiheit an sich selber zu empfinden Gelegenheit haben, da sie wegen Landesverrats, begangen durch Abdruck von Bruchstücken aus der gegen den Grafen Armin in seinem jüngsten Prozeß gerichteten Anklageschrift, zur Untersuchung gezogen worden ist. Die Anklage ist um so wunderlicher, als dieselben Bruchstücke vorher in einer Reihe preussischer Blätter zum Abdruck kamen, ohne daß dieselben irgendwie begehrt worden wären. Gleichzeitig ist auch die ultramontane „Postzeitung“ mit einer derartigen Anklage bedacht worden.

— Majestätsbeleidigung! Das Bezirksgericht zu Rürnberg verurtheilte den Messerschmiedsohn Lorenz Vár von Lauf am 31. Oktober wegen Majestätsbeleidigung zu zweimonatlicher Gefängnisstrafe. Derselbe hatte sich in einer Wirthschaft in Lauf — nachdem er über 20 Glas Bier getrunken — mehrerbietige Aeußerungen über den deutschen Kaiser erlaubt.

— Stroußberg ist am 4. November von dem Schwurgericht zu sterben verurtheilt für die Sache, die sie nicht zum Siege führen konnten.

Aber der gute Kampf, der Kampf des Proletariats für Gleichheit und Gerechtigkeit, wird zum Siege führen, wenn im Morgenrothe der neuen Welt Heldengestalten wie Florens und Delescluze vorarbeiten.

Russische Cultur.

Die Lage der deutschen Colonisten in Rußland.

(Fortsetzung.)

Daß diese Deutschfeinde in St. Petersburg und in den Provinzen gegenwärtig die maßgebenden sind, beweisen jedem unbefangenen Beobachter alle seit 1871 die Deutschen betreffenden Reformen und der Umstand, daß als nach Neujahr 1876 die Petersburger Zeitungen die Berechnung brachten, daß von rechtswärtigen in Rußland unter den Beamten nur 1/4 pCt. Deutsche gebildet werden sollen, daß es aber Ministerien gebe, in welchem 60 pCt. deutsche Beamten seien u. s. w., das ungeheuren Widerhall fand speziell in einer Stadt — wo russische Adelige in einer Gesellschaft bedeutender Personen: „Nieder mit den Deutschen!“ ausriefen, und sich erst beruhigen ließen, als man ihnen sagte, daß man allgemein so denke, aber noch warten müsse, bis der Thronfolger am Regiment sei.

Hätten die Vorfahren der deutschen Mennoniten damals gewußt, daß ihre Nachkommen anno 1871 nur noch als gebaute Reher in Rußland zur Zielscheibe aller möglichen Gewaltthaten dienen sollten, und daß man ihnen alle Rechte nehmen würde, sogar die Auswanderungsfreiheit, dann hätte Rußland nie deutsche Colonisten gesehen. Ein sonderbarer Kontrast! Dasselbe Rußland, welches für türkische Christen immer mehr neue Freiheit verlangt, beraubt seine eigenen Christen durch Gewaltacte ihrer privilegirten Freiheiten! In Betreff der Auswanderungs-Freiheit kann ein Rascha ganz gewissenhaft sagen: seht wir Türken sind doch bessere Menschen, als die christlichen Russen. — Die Bestechung ist in Rußland selbst bei Vertheidigung des Landes mächtiger als der Patriotismus. Die Colonisten schrien vor Sewastopol oft fünf Tage lang mit den Proviantfuhrern warten bis sie genug „geschmiert“

richte zu Moskau für schuldig befunden worden. Die Strafe ist noch nicht publizirt worden. Wie wird Stroußberg sich nach Tessenborffien zurückziehen, wo er „im Schatten kühler Grundsungsart“ ungestört sein ökonomisches Genie entfalten konnte.

— Unser Parteigenosse Carl Hillmann, Redakteur des „Hamburg-Altonaer Volksblattes“, ist neuerdings wegen Preßvergehen vom Hamburger Niedergericht zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Correspondenzen.

Aus der Schweiz, 30. Oktober. (Congreßbericht.) [Schluß.] Die Spanier machen noch speziell auf die in ihrem Lande ohnedies so häufigen, von den herrschenden Parteien selbst, ja bald von diesem, bald von jenem General veranstalteten Revolutionen aufmerksam. Den dortigen Sozialisten würde das gleiche Vorgehen nahe gelegt und ihnen Gelegenheit geboten, ihr „einziges Propagandamittel“ der Hintenschüsse recht fleißig anzuwenden. Die Wiedereinführung einer Bourbonen-Monarchie in Spanien habe die Lage der Bourgeoisie unverändert gelassen, die der Arbeiterklasse aber noch bedeutend verschlimmert. Die spanische Regionalföderation umfaßt 9 Comarcas (Provinzial-) Föderationen und 112 Lokalföderationen, mit zusammen 4000 bis 5000 zahlenden Mitgliedern, (was also auf eine viel größere indirekte Anhängerschaft schließen läßt). Von den Arbeitseinstellungen erwarten die spanischen Arbeiter nach gemachten Erfahrungen nichts mehr; ihre Hoffnung beruhe nur mehr auf der gewaltthamen sozialen Revolution. — Aehnliches wird auch von Frankreich berichtet; die Erwürgung der Commune von Paris habe die revolutionäre Bewegung nicht hemmen können, der Gedanke an die Greuelthaten der Versailler gegen das Pariser Volk und an die Lebendtodten in Neucaledonien müsse im Gegentheil den Gefühlen der Rache im französischen Proletariat erst den rechten Schwung verleihen. — In Bezug auf die Ideen über die künftige Organisation der menschlichen Gesellschaft sind die italienischen, spanischen und französischen wie die russischen und jurassischen Sozialisten Anhänger der freien Interessengruppirungen, sie wollen Abschaffung des „Staates“. In Folge Interpellation der deutschen Sozialisten wurde von dem Jurasser Guillaume das Zugeständniß gemacht, daß sie hierunter Abschaffung des Klassenstaats verstehen. Der Unterschied gegenüber den deutschen Sozialisten, welche an Stelle des heutigen Massenstaats, den Volksstaat, die Erfüllung der sozialistischen Staatsidee (territoriale Organisation für die solidarischen Gesellschafts-Interessen) setzen wollen, sei gering. Sie bestreite an Ende nur darin, daß diese Richtung der Sozialisten lateinischer Rasse nach Abschaffung aller dem Massenstaat eigenthümlichen Institutionen gar keinen Staat mehr übrig behalten. Was von dessen Funktionen wirklich nützlich, wie z. B. die Post u. dgl., das könne von den regionalen Administrationscomités der internationalen Gewerks- (Berufs-) Genossenschaften besorgt werden. Von Seiten deutscher Sozialisten resp. auch des mit diesen eingehenden Belgiers De Paep wurde indes in der späteren Diskussion über die Organisation der Beziehungen zwischen Individuen und Gruppen (Punkt 5 der Tagesordnung) mit unerbittlicher Logik eingewendet, daß diese regionalen Organisationsgruppen, diese Regionen auch nichts anderes wären als Staaten mit veränderten Grenzen. Durch die politische Geographie, die Staatskunst der herrschenden Klassen, würden die wirtschaftlich zusammengehörenden Bevölkerungen willkürlich auseinandergerissen. Würden nun die Interessengemeinschaften gegründet, dann ginge wohl der Rationalitätsbegriff zu Grunde, unzweifelhaft aber bliebe eine Staaten-Föderation übrig, bei der freilich für die wichtigsten Funktionen der Gesellschaftsorganisation die regionalen Grenzpfähle gar nicht existiren würden. Die wichtigsten Funktionen, Organisation der Produktion und Consumption, wären Sache der internationalen Gewerkschaften und deren Central-Administration. Uebrigens bitten die deutschen Sozialisten ihre Genossen der lateinischen Schule, doch zu bedenken, daß dies Alles Aufgabe künftiger Generationen sein werde, und daß unsere in der Sozialwissenschaft jedenfalls weit fortgeschrittenen Nachkommen bei zum Theil unberechenbar veränderten Verhältnissen vielleicht nur ein Lächeln für unsere positiven Pläne haben werden. Zuerst das Nächstliegende, Kampf gegen den Klassenstaat mit allen thunlichen Mitteln bis zu dessen Vernichtung, das Weitere werde sich finden; man möge diese Frage studiren, sie aber ja nicht zur Parteifrage machen. — Hiermit haben wir zugleich das, was aus der Diskussion über den 5. Punkt interessant ist, gegeben, und wollen nur noch des hier wie in allen anderen Punkten höchst intelligenten und taktvollen Eingreifens

lothäuer Colonisten haben russische Beamte 120,000 Rubel gestohlen, welche im Kriegs-Ministerium für geleistete Kriegs-Dienste für sie ausgezahlt waren. Statt des gerandten Geldes wurden sie mit Dankschreiben und Versicherungen allerhöchsten Wohlwollens überschüttet. Die Reform des Kolonistengesetzes, wie sie im Jahre 1871 beschlossen worden ist, ist geeignet dieser Korruption der russischen Beamten Vorhub zu leisten.

Die Zeit wird es lehren, daß entweder in jedem deutschen Dorfe die Einführung der neuen Ordnung — richtiger Unordnung — nach Willkür verschieden geschehen muß oder sich unmöglich erweist, um einer neuen den Verhältnissen besser entsprechenden Reform Platz zu machen. Abgesehen von der Regulirung der sozialen Frage ist aber für Befreiung der andern drohenden Gefahren keine Hoffnung. Die Sätze: 1) In den Dorfanzuleiten soll der Schriftwechsel in russischer Sprache geführt werden; 2) Die Kolonisten werden dem Bauerngesetz untergeordnet (Gesetz der früheren Leibeigenen Februar 1861); 3) Die Kolonisten verlieren nach 1881 ihr Auswanderungs-Recht, werden sicher zur Auswanderung gezwungen.

Das ist die Zwangsjade, welche allen Deutschen zur schrecklichen Plage werden wird. Trotzdem wünscht die Regierung die Deutschen in Rußland zu behalten, das beweisen die vielen Beamten und Spione, welche überall auf Kosten der Krone herumschwärmen, und sich durch Oeffnen und Unterschlagen von ausländischen Briefen durch Ausweisungen verschiedener Ausländer, durch Auffangen von Auswanderungs-Agenten und durch Drohungen und Anbietung von Geschenken bemerklich machen. Der General-Lieutenant von Todleben hat sogar Mennoniten-Predigern Verheißungen im Namen der Regierung gemacht, um sie zu bewegen, die Gemeindeglieder zu überreden, in Rußland zu bleiben.

Die lächerliche Ueberwachung der Deutschen in Rußland durch öffentliche und verkleidete Wächter und die geheime Spionage haben der Regierung schon viele Tausende gekostet. Man ging damit soweit, daß ein Mennonit nach Amerika auszuwandern mußte, weil ihm alle seine Geschäfts-Briefe entweder geöffnet, oder ganz gestohlen wurden.“ (Schluß folgt.)

des schon genannten Delegirten für Belgien und Holland, des Belgiers De Paep gedenten.

ada. Wien, 30. Oktober. „Freiheit wie in Oesterreich“ hat sich einmal ein Franzose gewünscht. Es war dies im Jahre 1867, nachdem die österreichischen Truppen von dem bekannten preussischen Schulmeister“ geschlagen worden waren und sich die Ueberzeugung Bahn gebrochen hatte, daß absolut nichts Anderes an dieser Schlappe Schuld trage, als die Belcredi'sche Verfassungsfiktion. Damals wurde auch jenes prunkende Lügenregister in die Welt gesetzt, das sich „Grundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger“ nennt, mit der Hauptlüge: „Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich“ beginnt und in dessen Artikel 12 es also heißt: „Die österreichischen Staatsbürger haben das Recht, sich zu versammeln und Vereine zu bilden. Die Ausübung dieser Rechte wird durch besondere Gesetze geregelt.“ Diese „besonderen Gesetze“ nun, mit denen die Völker Oesterreichs am 15. November desselben Jahres beglückt wurden, waren allerdings bereits geeignet, das oben gewährte „Recht“ eigenthümlich zu illustriren. Im § 6 des Vereinsgesetzes heißt es: „Wenn der Verein nach seinem Zwecke oder nach seiner Einrichtung gesetz- oder rechtswidrig oder staatsgefährlich ist, kann die Landesstelle dessen Bildung unterjagen“, und in § 6 des Versammlungsgesetzes: „Versammlungen, deren Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft oder deren Abhaltung die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährdet, sind von der Behörde zu unterjagen.“ Nehmen Sie dazu das auf Grund einer Klage der hiesigen Buchdrucker erfolgte Urtheil des Reichsgerichtshofes vom 2. Mai 1874: „Die Frage der Staatsgefährlichkeit steht der Beurtheilung des Reichsgerichtes nicht zu“, so haben Sie ein vollständiges Bild der Theorie unserer Vereins- und Versammlungsgesetze.

Und wie die Theorie, so die Praxis. Die österreichischen Buchdruckergehilfen bemühen sich schon seit acht Jahren mit der Gründung eines Verbandes, — vergebens, trotzdem der § 10 des Vereinsgesetzes solche Verbände ausdrücklich für erlaubt erklärt und trotzdem die Buchdruckerbesitzer schon geraume Zeit einen auf ganz Oesterreich ausgebreiteten Verein bestanden. Schon seit mehr als Jahresfrist haben die Wiener Arbeiter keinen politischen Verein, trotz unausgesetzter Statuteneinreichungen; ebenso wurde nach der ganz unmotivirten Auflösung des Arbeiterbildungsvereins erst nach langem Mühen ein neuer Verein bewilligt, aber mit der Beschränkung, daß nur Arbeiter Mitglieder desselben sein, nur Arbeiter Unterricht und Vorträge abhalten dürfen, geschichtliche Vorträge überhaupt verboten seien u. s. w. Ob und womit diese Verfügung motivirt wurde, wissen wir im Augenblicke nicht; der Gedanke ist übrigens auch nicht neu: schon im Jahre 1870 wurde dem Klagenfurter Arbeiterbildungsverein eine Statutenänderung, wonach nicht nur jeder Arbeiter, sondern auch jeder Freund des Arbeiterstandes Mitglied werden konnte, in folgender köstlichen Weise unterzagt: „Wer sollte aber kein Freund des Arbeiterstandes sein? Durch diesen Zusatz kann also so ziemlich Jedermann Mitglied des Arbeiterbildungsvereins werden, dadurch verliert aber derselbe seinen Charakter als Arbeiterverein und würde thatsächlich ein allgemeiner Volksverein unter der falschen Bezeichnung eines Arbeiterbildungsvereins!“ Obwohl das Ministerium später diese Statutenänderung aufhob, bleibt dieses Ministerstück behördlichen Blödsinns dennoch einer Erinnerung werth.

Aber wir würden einen ganzen Jahrgang des „Vorwärts“ allein brauchen, wollten wir alle die mehr oder weniger gelungenen Donquixoterien, welche die unterschiedlichen österreichischen Behörden oft mit wahrhaft halbbrecherischer Logik in Vereinsangelegenheiten zum Veste gaben, hier anführen, und wir müssen uns begnügen, um unseren deutschen Genossen doch wenigstens einen einigermaßen genauen Begriff von der „Freiheit wie in Oesterreich“ zu geben, einige derselben aus neuester Zeit zu citiren. So wurden dem Klagenfurter Buchdruckerverein anlässlich einer Statutenänderung folgende drei Punkte unterzagt: 1) die Errichtung einer Bibliothek, resp. die Ernennung eines Bibliothekars, obwohl dieser Punkt wörtlich in den Statuten, folglich keine Aenderung war, angeblich weil auch der Unterstützungsverein der Buchdrucker eine Bibliothek besitze! 2) die unentgeltliche Stellenvermittlung, obwohl bereits vor sechs Jahren anlässlich einer gleichen Entscheidung derselben Statutenhalterei das Ministerium sich im entgegengekehrten Sinne geäußert hatte; 3) die Errichtung einer Conditionenlosenkasse, obwohl dieselbe bereits in allen anderen Kronländern jahrelang zu Recht besteht. — Dem Arbeiterbildungsverein in Brünn wurde die Ertheilung einer Reiseunterstützung an durchreisende Mitglieder auswärtiger Vereine (ein allgemein herrschender Brauch) verboten, weil diese Unterstützung auch durchreisenden Arbeiter-Agitatoren zugewendet werden könnte; ferner sollte dieser Verein die Orte, wohin er eventuell Ausläufe machen würde, schon in den Statuten angeben! — Dem slavischen Gefangenenverein in Wien, der wie alle anderen Gefangenenvereine bereits wiederholte Wohlthätigkeits-Concerte veranstaltet hatte, wurde nun plötzlich die Abhaltung eines solchen zu Gunsten der verwundeten Südslaven mit folgender Motivirung verboten: Der Verein hat die „Pflege des Gefanges“ zum Zwecke; die Ausgaben für diesen Zweck werden aus dem Vereinsvermögen bestritten; das Vereinsvermögen besteht auch aus dem Ertrage von Produktionen; da die Statuten nun nirgends eine Verwendung des Erträgnisses zu wohlthätigen Zwecken gestatten, ergo . . .

Man sollte glauben, der Blödsinn könne nicht mehr übertrieben werden, aber man höre: Der hiesige Buchdruckerverein reichte neue Statuten ein und führte unter den Vereinszwecken auch an: Unterrichtsstunden, Vorträge und Benützung der Bibliothek und des Lesezirkels. Man denke sich das Erstaunen der Mitglieder, als die Statuten mit folgender scharfsinnigen (wir möchten gerne das r weglassen) Bemerkung zurückgelangten, die betreffenden Punkte seien nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck und daher nicht in § 2, sondern in § 3 anzuführen! —

Wie den Arbeitervereinen, so geht es auch, wenngleich in etwas minderm Grade, den nationalen, den liberalen, den Studentenvereinen und selbst den Vereinen der hiesigen bürgerlichen Demokraten (sogenannten Bezirksbergern); so wurde die Abhaltung eines demokratischen Parteitages verboten, die demokratische Gesellschaft aufgelöst und deren Obmann Dr. Schrank in Untersuchung gezogen, weil derselbe 300 Exemplare der Einladung zum erwähnten Parteitags an den Vorstand des demokratischen Vereins im 9. Bezirke mit dem Ertrinken geschickt hatte, die Adressen selbst ausfertigen zu lassen. Da Dr. Schrank Reichsrathsabgeordneter ist, so mußte zu dessen strafgerichtlicher Verfolgung erst die Zustimmung des Abgeordnetenhanfes eingeholt werden, welche aber verweigert wurde. Die demokratische Gesellschaft bleibt aber selbstverständlich aufgelöst.

Was nun den Sozialdemokraten, den Bezirksbergern u. s. w. verboten ist, das wird mit größter Bereitwilligkeit den hiesigen Regierungssozialisten gestattet. Dieselben haben einen Arbeiterfortbildungsverein, ebeno einen politischen Verein mit einer über-

glieder). Als sich der Verein „Vollstimm“ mit der ganz gleichen Organisation unserer Partei angeschlossen, wurde er sofort unter den wichtigsten Vorwänden aufgelöst. Der Allg. östr. Arbeiterverein kann ungehindert seine Versammlungen abhalten, und nur wenn in Folge der denu und wann aufsteigenden faulen Gerüche der Standal zu groß wird, hört man einmal von einer Versammlungsauflösung. Ja noch mehr: Der Verein „Freiheit“ wurde im Jahre 1872 beauftragt, weil zu seinem Gründungsfeste auch Begrüßungsschreiben aus Chemnitz, Madrid, Paris u. s. w. kamen, für die doch nicht er verantwortlich gemacht werden konnte. Den „Allgemeinen österr. Arbeiterverein“ aber läßt man ungehindert eine Adresse an den französischen Arbeitercongrès beschicken und sogar in seinem monatlich einmal, vier Quartalen stark, erscheinenden Organe veröffentlichen. Bemerkungen erscheinen uns hier zu überflüssig.

Wie es mit unserer Versammlung „recht“ bestellt ist, davon hat Ihnen erst unlängst ein anderer Correspondent einige Proben gegeben. Der Betreuer, mit welchem unsere verschiedenen Polizeibehörden auf neue Unterlagungsgründe sinnen, ist wahrlich einer besseren Sache würdig. Man sucht sich förmlich zu überbieten. Das Ministerium Auerperg 1. (Giska-Herbst) hat bloß einen „Hochverrathsprozeß“ arrangiert, das Ministerium Auerperg II. (Lasser-Unger) aber bereits eine ganze Serie solcher „Hochverraths-“ und „Geheimbundsprozesse“. In einem solchen scheint sich auch die bekannte Prager Affaire zuspitzen zu wollen, die Herren dürfen jedenfalls nach neuen Vorberer. Die Heiterkeit der Wiener Genossen über den Zeitungsrummel wegen der aufgeschoberten „Ungewissniederlassung des internationalen Arbeitervereines“ war keine geringe. Da bekamen wir z. B. im „Tagesboten aus Böhmen“ zu lesen, daß auch „Ausländer“ an der gestörten Versammlung theilgenommen hätten, und einige Zeilen später, daß die Verhältnisse ausnahmslos der ezechischen Nationalität angehört; nun wären wir gar zu begierig gewesen, solch einen ausländischen Czechen (!) kennen zu lernen.

Thatsache ist, daß einige Genossen aus Wien, Brünn, Austerlitz und Pilsen die anlässlich des Wenzelsfestes verkehrenden Vergnügungszüge benutzten, um nach Prag zu fahren und dort mit Parteigenossen zusammenzukommen. Das Sozialdemokraten bei ihren Zusammenkünften nicht von der kleinen Lotterie oder von dem neuesten Couplet irgend eines Komikers sprechen, ist sehr glaubwürdig, und da schon so ziemlich alles Andere in Oesterreich „staatsgefährlich“ ist, dürfen wir einem fetten Prozesse entgegenzehen, natürlich nicht ohne die dazu gehörige neue Blamage.

Ein gefundenes Fressen ist unseren Staatsrettern auch eine Anfangs dieses Monats unternommene Agitationsreise Reinthal's gewesen. Er wurde bei seiner Rückreise in Graz verhaftet und aller seiner Papiere, Briefe, Notizen u. s. w. beraubt, sodann unter Anklage wegen „Aufreizung gegen die bestehenden Klassen“ und wegen „Aufreizung zur Empörung im Inneren des Landes“ gestellt, nach zwei Tagen aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Von der Anwendung des Vagabundengesetzes auf reisende Arbeiter-Agitatoren scheint man vor der Hand doch Abstand zu nehmen, seit der Fall mit Andreas Scheu das Hochgelächter ganz Europas herausforderte. Es wundert uns dies; besitzt denn diese Sippe doch noch irgendwelche Scham?

Aus Mecklenburg. In den letzten Wochen ist die Wahlbewegung hier in unserem reaktionären Ländchen in sehr hohen Bogen gegangen. Der bekannte Exdemokrat Moritz Wiggers hat sich von angeheiligten Bauernburiden zu Pferde empfangen und ein Hoch bringen lassen, während unser Reichstagskandidat, Carl Fin n aus Berlin, mit aller Energie und mit großem Geschick in mehreren großartigen Versammlungen das Volk aufgefärnt hat, so in Schwerin, Rostock, Wärow und in Wismar, wo über 2000 Personen anwesend waren. Die sämtlichen Zeitungen des Großherzogthums füllen ihre Spalten mit Berichten über jene Versammlungen und wenn dieselben auch parteiisch gefärbt sind, so geben sie uns doch den Beweis, wie tief einschneidend unsere Agitation hier zu Lande wirkt. Nutzen wir die Zeit bis zu den Reichstagswahlen noch recht aus, so wird das Resultat in dem Lande des Ochsenkopfs und der Hahnenkamm für uns ein sehr erfreuliches sein.

Kiel. Von den Führern der Fortschrittspartei und der Landespartei war gemeinschaftlich auf letzten Sonnabend Abend eine allgemeine Bürgerversammlung zum Zweck der Communalwahlen nach dem Colosseum berufen, welche von circa 70 Personen besucht war, darunter ein halbes Duzend Sozialisten. Und wie wissen diese liberalen Herren in ihren Zeitungen vom „Nädgang“ zu sagen, wenn die Arbeiterversammlungen von 700 Personen besucht sind.

Neustadt (Vollstein), 31. Oktober. (Abrechnung der Central-Wahlkasse des 9. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises.) Eingegangen vom 1. April bis 31. Oktober l. J.: Bestand am 1. April R. 2,97; von Arbeitern Neustadt's 7,10; Betrag einer Zellerfassung in Neustadt 13,03; durch F. H. Zievers in Hasstrup 7,30; Betrag einer Zellerfassung in Neustadt 5,16; Freiwillige Beiträge aus Neustadt 10,01; Freiwillige Beiträge aus Neustadt 2,50; Freiwillige Beiträge aus Neustadt 4,65; Betrag einer Zellerfassung in Neustadt 10,72; durch M. Mayer aus Albersdorf 1,60; durch F. Berner in Schandagen 5,15; für „Nieder mit den Sozialdemokraten“ 16,33; Zellerfassung in Burg 10,78; durch H. Start in Segalen-dorf 22,30; Betrag einer Zellerfassung in Oldenburg 5,54; Summa 125,14. Ausgabe: Sa. 83,99. Bleibt Kasse 41,15.

Für das Comité: Joh. Heinr. Haß. Lese, 31. Oktober. Es hat sich nun hier am Orte ein sozialdemokratischer Wahlverein gebildet, ferner fand an demselben Tage eine Volksversammlung in Gesehmünde statt, in welcher Herr Brade referirte. In derselben wurde Herr Brade einstimmig als Candidat aufgestellt und eine Resolution angenommen, in welcher die Versammlung erklärte, daß sie mit dem Vortrage des Herrn Brade vollkommen einverstanden und es Pflicht eines jeden Arbeiters sei, demselben bei der Reichstagswahl ihre Stimme zu geben.

Saalfeld. Am 22. Oktober d. J. hatten wir hier eine gut besuchte Versammlung, in welcher unser Reichstagskandidat Grillenberg über die Tagesordnung: „Die nächste Reichstagswahl“ referirte. Zunächst unterwarf Herr Grillenberg den Nachenschaftsbericht, welchen Herr Dr. Lasser Abends vorher nur seinen liberalen Wählern gegeben hatte, einer genauen Kritik, wies dann in seinem weiteren Vortrage nach, welche von den Parteien das Volk im Reichstag am besten vertreten und erzielte am Schluß allgemeinen Beifall. Einstimmig wurde beschlossen, bei der bevorstehenden Reichstagswahl für die Candidatur Grillenbergers einzutreten.

R. Wählhausen l. Th., 1. November. Das Central-Wahlcomité für den Kreis Wühlhausen-Langensalza-Weihenau hat sich formell constituirt, und ist zum Vorsitzenden H. Böhlig, zum Schriftführer Carl Heise und zum Kassirer H. Meditz gewählt worden. Genossen von Langensalza und Weihenau, wir fordern Euch zu dem Wahlcomité zu und mit uns in Verbindung zu treten, da wir vereint ein viel größeres Resultat erreichen können,

als wenn jede Stadt selbständig vorgeht. Zeigt unsern Gegnern, daß auch in unsern Kreise die Sozialdemokratie Fortschritte gemacht hat. Alle Briefe oder sonstige Sendungen sind an den Unterzeichneten zu richten.

Carl Heise, Spiegelgasse 776. -r. Mainz, im Oktober. Die heftige Fortschrittspartei — eigentlich Rückschrittspartei — hat an die liberalen Wähler Hessens einen Aufruf erlassen. Derselbe sagt in seinem Anfang: „Winnen Kurzem werden die Wahlen zum deutschen Reichstage stattfinden. An Jeden von uns tritt die Frage heran, was die Vertretung des Volkes bis jetzt geleistet hat, und was wir von ihr für die nächste Zukunft erwarten.“ — Was die liberalen Volksvertreter geleistet und was wir von ihnen zu erwarten haben — nun, es ist ihre Natur, daß sie zu allem, was Bismarck und Consorten wollen, Ja sagen. — Hier erscheinen seit Oktober zwei karnevaleskische Blätter. Das Speißbüchergemur findet also immer noch Gelegenheit, sich durch allerlei faule Wiße über die schwere Noth unserer Tage zu trösten. Und die Lokalpresse macht noch recht Neklame für diese, gegenüber der Noth der Krisis frivolten Blätter. Daß es an allen Ecken „kracht“ und die armen Arbeiter zu Hunderten auf die Straße geworfen und dem Verhungern preisgegeben werden, darüber aber sprechen diese Scheerenredakteure nicht. Es wäre an der Zeit, daß die heftigen Genossen Alles aufbieten, um bald ihr eigenes Organ zu bekommen.

Leipzig, den 7. November. Der Bericht in Nr. 14 des „Vorwärts“ bedarf insofern einer Berichtigung, als darin irrthümlich angegeben war, daß der 11. Wahlkreis nicht vertreten gewesen wäre. Der 11. Wahlkreis war vertreten und zwar durch die Parteigenossen H. Geisler und A. Fleischer aus Wurzen. Wir bedauern den Irrthum und bitten die betheiligten Genossen um Entschuldigung. Pexold, Dohne, Dähnert.

Zur Beachtung für die Parteigenossen des 3. sächsischen Wahlkreises (Baunzen, Ramenz und Bischofswerda).

Die Parteigenossen, resp. Abonnenten des „Vorwärts“ in benannten Orten werden von den Unterzeichneten freundlichst ersucht, Sonntag, den 19. November, in Bischofswerda zu einer Besprechung behufs Regelung der Agitation zur bevorstehenden Reichstagswahl, zu erscheinen. J. A. A. Griete, A. Klinge.

NB. Briefe in obiger Angelegenheit sind an folgende Adresse zu richten: A. Griete, Baunzen, Fleischer-gasse 327.

Die nach Schluß der Redaktion eingetroffene, in voriger Nummer abgedruckte Kasprache an die Parteigenossen in Preußen ist durch ein Versehen des Retours-en-pages unter die Inneren Partei-Angelegenheiten gesetzt worden.

Briefkasten der Redaktion. Herrn K. Stahfurt: Unbrauchbares Manuskript, wenn es keine längere Abhandlung ist, bewahren wir nicht auf; wir bedauern deshalb, Ihrem Wunsch nicht nachkommen zu können. — H. Peters in Schwerin: Dankeschöner erinnert sich, eine Petition betreffs Vereins- und Versammlungsgeley für Mecklenburg nebst einer Anzahl Helikoppe erhalten zu haben. Dieselbe ist dem Bureau des Reichstags übergeben worden; weiter weiß H. nichts von der Angelegenheit. — H. Wad in Linden: Eine Klage wird Ihnen nichts nützen, da das Pflichtengeley sich nicht auf die Landarbeit (Baumfällern zc. zc. ausdehnt.

der Expedition. P. Drins, Finneberg: Ob die Post Ihrem Wunsche Rechnung tragen kann, wissen wir nicht, wir haben Ihren Brief derselben übermittelt. — Ag. Weicher Carl: R. B. ist von der Post Ohlig's nicht reklamirt worden. Nr. 40 u. 41 folgen p. Kreuzg.

P. in Gera: Karte nicht erhalten? Bis jetzt keine Antwort eingegangen. D., Hamburg.

Parteigenosse F. Buchholz, Kordmacher, wird um Mittheilung seiner Adresse gebeten.

H. Kreuz, Kordmacher in Gesehmünde bei Bremerhaven.

Cuittung. Ebrt Joidan Ab. 1,30. Jug Berlin Ann. 1,20. Kz. Bandscheit Ann. 0,50. R. Wreer Pancowa Schr. 1,60. Heins Finneberg Schr. 0,35. Urdle Geln Ab. 9,00. W. Wlr Galbe Schr. 3,50. R. Rin Berlin Schr. 19,00. J. Bammn Geln Ab. 100,00. B. Gros Grobbruch Schr. 25,00. P. Schlbá Biége Ab. 2,02. Schbri Kirchberg Ab. 3,00. Wlr Queckling Ab. 2,40. Betrag hier Ab. 0,80. Wlr Reudnis Schr. 1,50. Wros Tomden Schr. 1,00. Wlr Gald-lauter Schr. 1,40. Arbeiterverein Gohlis Ann. 1,50. Arbeiterfest Schandagen-Probstei Ann. 6,00. Kz Rünker Schr. 0,30. Fähr hier Ab. 1,10. D. Demm Kl. Ann. 3,00. Pfg Waldenburg Ab. 4,20. J. Nng Corbeta Schr. 4,25.

Anzeigen zc.

Die Filial-Expedition des Herrn E. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J. ist durch ein Mißverständnis am Kopfe unseres Blattes ausgelassen worden. Die Genannte vermittelt wie bisher alle unsere Blätter und Verlags-Artikel. Die Expedition des „Vorwärts“.

Ööln. Sonntag, den 12. November, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn J. Erkelenz, Rämmergasse 18:

Öeffentliche Arbeiterversammlung. Tagesordnung: 1. Berichterstattung der Zeitungs-Commission. 2. Gehangelegenheiten. Die Abonnenten des „Vorwärts“ werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Der Einberufer.

Flensburg. Arbeiter-Sängerbund. Montag, 13. November, Abends 7 Uhr, im Lokal des Herrn Retelsen (Sandhau):

Bergnügen bestehend in Concert, Gesang, Theater, Festrrede und Ball. Karten für Herren 50 Pfg., für Damen 30 Pfg. sind zu haben bei den Herren: P. Lassen, Neustadt; Fuhr, Vorderstraße; Fries, Vorderstraße; Zimmermann, Compagniestraße; Waf, Heiligengehänge, Schmidl. Holm 823, Döll, Sädemarkt, Cigarrenladen; Albrecht, Blankenab. Einführung ist gestattet. Um zahlreichen Beteiligungen ersucht (26) 3,60) (R. 120) Das Comité.

Hannover. Sonnabend, den 11. November, Abends 8 Uhr, im Saale des Ballhauses: Stiftungsfest des sozialdemokratischen Wahl-Vereins bestehend in Festrrede, gehalten von Herrn Braack, Declamationen und Ball, unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Ferdinand“. Alle Freunde und Parteigenossen sind dringend eingeladen. (26) Karten zum Concert à 30 Pfg., ganzes Fest à 75 Pfg. sind zu haben in den Versammlungen bei H. Rudolph, Mittelstraße 11 und bei der Festcommission. (R. 161) 3,60) Das Bergnügungs-Comité.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Nächsten Sonntag, den 12. November: Abendunterhaltung der Sänger mit darauffolgendem Tanz in der Morizburg zu Gohlis. Einlad. 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. (26) Die Mitglieder und Freunde des Vereins sowie Parteigenossen ladet freundlich ein. Der Vorstand. 12 1/2

Altona. Sonnabend, den 11. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Koppelman's Salon: Volksversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Weidemann aus Hamburg. D. Reimer.

60] Kiel. Arbeiter-Sängerbund. Montag, den 20. November, Abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“: Abendunterhaltung u. Ball bestehend in Gesang, Concert und Theater. Herrenkarten 60 Pfg., Damenkarten 30 Pfg. (R. 180) 127 NB. Karten sind zu haben an den bekannten Stellen. Das Comité.

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 11. November, Abends 8 Uhr: Versammlung, Läubchenweg, Restauration von Wenzel. Tagesordnung: Abrechnung. Vortrag von Hrn. Kleinig über Stah- oder Tagelohn. (30)

Leipzig. Allgemeiner Götlicher- und Küper-Verein. Sonnabend, den 11. November, Abends 8 Uhr, Versammlung bei Richter, Rosßplatz 9. Tagesordnung: Das Vereins- und Versammlungsgeley. D. S. (40)

Schönberg-Probstei. Sonntag, den 12. November, Abends 7 Uhr: Großer Arbeiter-Ball in Krumbek, unter Mitwirkung der Liedertafel des Arbeiter-Sängerbundes aus Kiel, sowie deklamatorische Vorträge. (32,0) Karten für Herren im voraus 50 Pfg., Damen 20 Pfg. sind zu haben bei den Herren Sühr und Otto in Schönberg, an der Kasse für Herren 60 Pfg., Damen 30 Pfg. (R. 280) Alle Freunde von Probstei und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. Das Comité.

Volkmarstorf. Sonnabend, 12. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Sälje: Ginwohner-Versammlung. Tagesordnung: Die bevorstehende Gemeinderathswahl. Referent: H. Dohne. Die Einberufer. (60)

Thüringer Tischbutter das Stück 75 Pf. bei Friedrich Walschab. Schönefeld (Neuer Ausbau) Hedwigstraße 91. (180)

Protokoll des Sozialisten-Congresses zu Gotha vom 19. bis 23. August 1876.

Einzelpreis 30 Pf.; bei Bezug von 10 Expl. und mehr à 25 Pf. das Stück. Das Kreuzbandportio, welches mit eingeklebt werden muß, beträgt auf 1-4 Expl. 10 Pf., auf 5-8 Expl. 20 Pf., auf 9-16 Expl. 30 Pf. Bezug nur gegen baar oder Nachnahme. Bestellungen sind zu machen beim Secretariat der Partei, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Achtung! Dienstag, den 7. November, Nachmittags 5 Uhr, erschien



Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 3 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis. Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts“, Färderstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel“.

Für den Wahlkampf. Im Anfang November werden erscheinen und sind durch alle Buchhandlungen sowohl wie direkt zu beziehen: I. Was wollen die Sozialdemokraten? Ein sozial-politisches Gespräch. Von H. Oldenburg. Preis im Buchhandel 50 Pf., für Arbeitervereine einzeln 30 Pf., bei Partien 20 Pf.

Der Verfasser beantwortet die angeforderte Frage in fesselnder Darstellung recht gründlich.

II. Die Verzweigung im liberalen Lager. Antwort auf die sieben Artikel der Magdeburgerischen Zeitung und die Schmähchrift des Herrn von Unruh. Von Wilhelm Brade. Preis im Buchhandel 25 Pf., für Arbeitervereine einzeln 15 Pf., bei Partien 10 Pf., 50 Stk. 4 Mk., 100 Stk. 12 Mk., 500 Stk. 50 Mk., 1000 Stk. 90 Mk.

Die für Arbeitervereine bestimmten Preise gelten nur bei direktem Bezuge gegen Einsendung des Betrags oder Postvorschuß. Um recht baldige Aufgabe von Bestellungen wird gebeten; nach der Reihenfolge der einlaufenden Bestellungen wird expedirt. — Die Schrift: „Nieder mit den Sozialdemokraten!“

ist fortwährend zu denselben Preisen, wie die obige Brade'sche Schrift zu beziehen; bei Verwendung großer Partien zu Wahlzwecken besondere Bereinarung. Auflage jetzt 15,000. Braunschweig, 30. Oktober 1876. (36) W. Brade jr.

Er scheint monatlich ein Mal Preis pro Nummer 15 Pf. Organ zur Förderung sozialdemokratischer Wahlen. Preis bei Postbezug vierteljährlich Mart 0,80. Preis per Nummer (bei direktem Bezuge) Mart 0,15 Pf. Der Reinertrag ist für Wahlzwecke bestimmt. — Verantwortlicher Redakteur: E. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37, III. Verleger: August Weib, Hamburg, Alldingmarkt 12.

Nr. 8 des Wähler ist erschienen, und nach den Orten zur Versendung gelangt, welche über Nr. 7 abgerechnet haben. Die Parteigenossen in Preußen werden dringend aufgefordert, für das Abonnement auf das Blättchen nach Kräften zu wirken, da der Reinertrag desselben für die Wahlagitacion verwendet wird. Besonders aber mögen die Agitatoren Best dafür wirken, daß der Abonnentenstand ein immer stärkerer werde!

Für Sachsen. Bei uns sind zu haben: Formulare zur Anmeldung von Versammlungen. 12 Stk. 30 Pf. Kreuzband-Portio 10 Pf. Diese Formulare, welche zu Volks-, Vereins-, Wähler-, Sozialisten- u. Versammlungen zu benutzen sind, werden entsprechend ausgefüllt, unterschrieben und bei der betr. Behörde eingereicht. Die Expedition des „Vorwärts“. Verantwortlicher Redakteur: H. Pafenclewer in Leipzig. Redaction u. Expedition Hedwigstraße 91/II in Berlin.